

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

21.10.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Schwesig: „MV steht weiter hinter der Ostseepipeline“</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 21.10.2021</i> .....	3
2   <b>Tauziehen um Nord Stream 2</b> <i>Berliner Zeitung, 21.10.2021</i> .....	4
3   <b>PKA-Abriss wohl erst ab 2025</b> <i>Elbe-Jeetzel-Zeitung, 21.10.2021</i> .....	5
4   <b>Neuer Aufpasser für die Atommeiler</b> <i>Kieler Nachrichten - Kieler Zeitung, 21.10.2021</i> .....	7

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 21.10.2021 | S. 15-SEITE 15

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

## Schwesig: „MV steht weiter hinter der Ostseepipeline“

### Grünen-Chefin Baerbock: Betriebserlaubnis darf nicht erteilt werden / Verzichtet Nord Stream 2 auf Betrieb ohne Zertifizierung?

**Schwerin/Berlin.** Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat die Bedeutung der umstrittenen Erdgasleitung Nord Stream 2 für die Energiesicherheit Deutschlands hervorgehoben. „Deutschland steigt in den nächsten Jahren aus der Atomenergie und auch aus der Kohleverstromung aus.“

Dann benötigen wir neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien zumindest für eine Übergangszeit Gas als weiteren Energieträger“, erklärte Schwesig gestern in Schwerin. Dies gelte erst recht, wenn der Kohleausstieg noch beschleunigt werden solle.

Schwesig reagierte auf eine Forderung der Grünen-Chefin Annalena Baerbock, der Ostsee-Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 vorerst keine Betriebserlaubnis zu erteilen. Nach europäischem Energierecht müs-

se der Betreiber von Nord Stream 2 „ein anderer sein als derjenige, der das Gas durchleitet“, sagte Baerbock den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Solange das ein und derselbe Konzern ist, darf die Betriebserlaubnis nicht erteilt werden.“ Schwesig verwies darauf, dass über die Genehmigung in einem rechtsstaatlichen Verfahren entschieden werde. „Mecklenburg-Vorpommern steht weiter hinter der Ostseepipeline“, betonte die Regierungschefin.

Die Betreiber der Gaspipeline Nord Stream 2 wollen wohl nicht ohne die ausstehende Zertifizierung durch deutsche Behörden mit dem Gastransport starten. „Nord Stream 2 trifft alle notwendigen Vorkehrungen, um die Einhaltung geltender Regeln und Vorschriften zu gewährleisten“, teilte die Nord Stream 2 AG gestern auf Anfrage mit.

## Tauziehen um Nord Stream 2

### Baerbock: Pipeline nicht in Betrieb nehmen

Die Betreiber der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 wollen wohl nicht ohne die ausstehende Zertifizierung durch deutsche Behörden mit dem Gastransport starten. „Nord Stream 2 trifft alle notwendigen Vorkehrungen, um die Einhaltung geltender Regeln und Vorschriften zu gewährleisten“, teilte die Nord Stream 2 AG am Mittwoch auf Anfrage mit. „Dazu gehört auch das deutsche Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das die EU-Gasrichtlinie in deutsches Recht umsetzt.“

Bei der Bundesnetzagentur läuft gemäß der EU-Gasrichtlinie noch ein Zertifizierungsverfahren zur Anerkennung der Nord Stream 2 AG als Unabhängiger Transportnetzbetreiber. Sollte Nord Stream 2 den Gastransport vor Abschluss dieses Verfahrens aufnehmen, könnte die Bonner Behörde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten und Bußgelder verhängen. Die Behörden hatte bereits Anfang Oktober mitgeteilt, es sei „nicht auszuschließen, dass in Kürze eine Inbetriebnahme eines Stranges der Verbindungsleitung erfolgen wird“ und Zweifel an der Einhaltung aller Vorschriften im laufenden Betrieb angedeutet. Die Nord

Stream 2 AG geht in Deutschland und auf EU-Ebene gegen Teile der EU-Gasrichtlinie beziehungsweise deren Geltung für die Pipeline vor.

Grünen-Chefin Annalena Baerbock hat sich dafür ausgesprochen, Nord Stream 2 vorerst nicht in Betrieb zu nehmen. Nach europäischem Energierecht müsse der Betreiber von Nord Stream 2 „ein anderer sein als derjenige, der das Gas durchleitet“, sagte Baerbock den Funke-Zeitungen vom Mittwoch. „Solange das ein und derselbe Konzern ist, darf die Betriebserlaubnis nicht erteilt werden.“ Die hohen Gaspreise seien zunächst einmal die Folge von hoher Nachfrage und geringem Angebot. Russland habe das Angebot bewusst zurückgefahren. Baerbock sagte: „Wir dürfen uns nicht erpressen lassen.“ Zwar liefere Russland vertragsgemäß Gas nach Europa, doch seien die Gasspeicher vergleichsweise leer. „Das dürfte von russischer Seite aus bewusst so herbeigeführt worden sein, umso die schnelle Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu erzwingen - auch wenn noch nicht alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind“, sagte Baerbock weiter.

## PKA-Abriss wohl erst ab 2025

*Zwischenlager Gorleben: Die BGZ informiert den Kreisatomausschuss über die langen und schwierigen Verfahrenswege, um Genehmigungs-änderungen herbeizuführen*

**Gartow.** Der in Aussicht gestellte Abriss der sogenannten Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben wird wohl noch Jahre auf sich warten lassen. Dabei geht es offenbar vorwiegend um genehmigungsrechtliche Verfahrensfragen zu einem Reparaturkonzept für womöglich defekte Castor-Behälter. Dies ergibt sich jedenfalls aus Informationen der Gorlebener Zwischenlager- und PKA-Betreiberin BGZ (Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung) im Kreisatomausschuss.

In Gartow skizzierten BGZ-Vertreter den mühsamen Weg von Genehmigungsverfahren in Deutschland. Die PKA kann demnach wohl frühestens ab 2025 abgerissen werden. Für den Bau einer Terrorschutzmauer rund ums atomare Zwischenlager in Gorleben war die Rede von 2022 oder 2023. Das Projekt wird bereits seit rund zehn Jahren verfolgt.

Die PKA in Gorleben dürfte der Nachwelt als Investitionsruine der Atomwirtschaft in Erinnerung bleiben. 400 Millionen Euro hatte das Betonmonster einst gekostet. Es entstand in den 1990er-Jahren. Die Industrie wollte dort ursprünglich erproben, wie sich hochradioaktive Brennelemente aus Castoren herausholen, zerlegen und in endlagerfähige Behälter verpacken ließen. Praktischerweise und nicht zufällig befand sich die PKA nur wenige Meter entfernt vom damals einzigen angedachten Endlager-Standort, dem Salzstock Gorleben. Doch als die PKA dann im Jahr 2000 ihre Betriebsgenehmigung erhielt, waren die Pläne kleingespült. Die PKA war nur genehmigt als Castor-Reparaturhalle. Nur wenn irgendetwas an den Castoren nebenan im Zwischenlager defekt sein sollte, könnte man sie in der heißen Zelle reparieren. Also nur im Notfall. Inzwischen gilt die Anlage als technisch veraltet. Politik und BGZ wollen sie abreißen lassen. Noch heute verschlingt der Stand-by-Betrieb der PKA nach Angaben der BGZ zwischen fünf und sieben Millionen Euro jährlich an Unterhaltungskosten.

Das Problem im Zusammenhang mit dem PKA-Abriss sind offenbar 21 Castor-Behälter des Typs HAW 28 M im Zwischenlager Gorleben. Für sie steht laut BGZ in

der Genehmigung, dass die PKA für potenzielle Reparaturen vorgesehen ist. Daher strebe die BGZ an, die verkehrsrechtliche Zulassung für diese Castoren dahingehend ändern zu lassen, dass zukünftig ein angebrachter Sekundärdeckel als Nachweis für ein Reparatur- und Abtransportkonzept dieser Behälter gilt. Mit einer Genehmigung rechnet die BGZ: Mitte der 2020er-Jahre! Erst dann wäre rein formal die PKA abrissfähig. Der Nachweis, dass ein defekter Behälter transportfähig wäre, ist offenbar nur eine Genehmigungsformalie. Denn auf Nachfrage von Asta von Oppen von der Rechtshilfe Gorleben, wohin man solche Castoren denn dann bringen und was dort geschehen würde, antwortete Dr. Klaus-Jürgen Brammer von der BGZ sinngemäß: Wenn der Castor formal als transportfähig gelte, bedürfe es nicht mehr der PKA als Reparurnachweis. Bei einem undichten Deckel würde man im Zweifelsfall Primär- und Sekundärdeckel „dichtschweißen“. Das würde direkt im Zwischenlager Gorleben stattfinden, also ohne Abtransport.

Die Lüchow-Dannenberg Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) hat inzwischen mit Unverständnis auf die erwartete lange Genehmigungsphase reagiert. Schließlich liege eine entsprechende Genehmigung für Behälter des Zwischenlagers in Biblis bereits vor. Bund und Land sollten mehr Tempo machen für den Rückbau der PKA. Zumal die jährlichen Euro-Millionen für die Unterhaltung aus dem Entsorgungsfonds genommen und „einfach nur verbrannt“ würden.

In der Warteschleife ist die BGZ weiterhin auch bei der Umsetzung von dauerhaften Terrorschutzmaßnahmen am Zwischenlager. Zwar sei dieser Schutz derzeit über „temporäre Maßnahmen“ gegeben. Doch man will bekanntlich unter anderem eine zehn Meter hohe Schutzmauer um das Castor-Lager errichten. Dr. Matthias Heck von der BGZ: Man sei derzeit im Ausschreibungsprozess für die Baumaßnahmen. Es soll „demnächst losgehen“, vielleicht 2022, vielleicht 2023. Die Genehmigungen dafür lägen vor. Es sei allerdings noch eine Nebenbestimmung mit der Landkreis-Baubehörde zu klären.

Doch das war bereits der Verfahrensstand 2018 (EJZ berichtete). Damals schon sollen die atom- und baurechtliche Genehmigung vorgelegen haben. 2019 sollte der Bau beginnen. Doch der Landkreis Lüchow-Dannenberg habe als zuständige Baubehörde eine Nebenbestimmung zur baulichen Ausführung erteilt. Es geht um die geplanten Kerosinabläufe für den Fall

eines Flugzeugabsturzes. Bereits vor einem Jahr hatte die BGZ gesagt, dass man mit der Behörde klären wolle, welche juristische Bedeutung diese Nebenbestimmung möglicherweise für die Gesamtgenehmigung nach dem Atomgesetz habe. Jetzt soll es eine Lösung geben. In einem Jahr, so Heck am Dienstag in Gartow, gebe es womöglich klarere Aussagen . . .

📰 Kieler Nachrichten - Kieler Zeitung | 21.10.2021 | S. 10

📄 Auflage: 36.701 | Reichweite: 58.683

👤 Ulf Christen

## RÜCKBAU DER REAKTOREN

# Neuer Aufpasser für die Atommeiler

### Jurist Andreas Wasielewski soll Rückbau der Reaktoren überwachen

**Kiel.** Die Aufsichtsbehörde über die drei Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein bekommt einen neuen Chef: Ab November übernimmt Andreas Wasielewski (63) die im Umweltministerium angesiedelte Atomaufsicht von Prof. Jan Backmann. Das wurde in Regierungskreisen bestätigt.

Mit Wasielewski beginnt eine neue und die zugleich letzte Atom-Ära. Der erfahrene Jurist wird sich nach dem Aus des Meilers Brokdorf zum Jahresende insbesondere um den Rückbau der drei Reaktoren in Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf kümmern müssen. Wasielewski ist darauf gut vorbereitet. Der bisherige Vize-Chef der Ministerial-Abteilung Energie, Klimaschutz, Technischer Umweltschutz gilt als Deponie-Fachmann und hatte zudem einst im Dienst des Lan-

des Brandenburg am Rückbau des früheren DDR-Meilers Rheinsberg (kleiner Druckwasserreaktor sowjetischer Bauart) mitgewirkt.

Zum Zug kommt Wasielewski infolge eines Stühlerückens in der Ministerialverwaltung. Ausgangspunkt war vor knapp einem Jahr die Pensionierung des Leiters der Abteilung Verbraucherschutz im Justizministerium, Jörg Muhlack. Er hatte einst als selbstbewusster Leiter der Polizeiabteilung im Innenressort im Zuge der Rocker-Affäre unrühmliche Schlagzeilen gemacht. Seinen Job als Verbraucherschützer übernahm im Sommer Prof. Backmann, der bereits vor seinen Jahren als Atomaufseher im Justizressort gearbeitet hatte.